

E i n l a d u n g

Gremium: Schulausschuss - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 08.10.2007, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 26.09.2007

1. An die Mitglieder des Schulausschusses

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1** Eröffnung der Sitzung
- TOP 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3** Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 12.12.2006
- TOP 4** Bericht zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule in Rastede - Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2007/205
- TOP 5** Endbericht der Schulinspektion vom 05.03. - 09.03.2007 in der KGS Rastede
Vorlage: 2007/204
- TOP 6** Einführung der Ganztagschule an der Schule am Voßbarg (Förderschule)
Vorlage: 2007/206
- TOP 7** Bereitstellung von Schließfächern für die Jahrgangsstufen 5 und 6 im Gebäude Feldbreite - Antrag der CDU-Fraktion
Vorlage: 2007/209
- TOP 8** Haushalt 2008 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan
Vorlage: 2007/192
- TOP 9** Schließung der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2007/205

freigegeben am 14.09.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 14.09.2007

Bericht zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule in Rastede - Antrag der FDP-Fraktion

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|----------------------|
| Ö | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| N | 06.11.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Das am 11. Juli 2006 durch den Niedersächsischen Landtag verabschiedete Gesetz zur Einführung der Eigenverantwortlichen Schule ist am 27. Juli 2006 im Niedersächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt verkündet worden. Die mit diesem Gesetz vorgenommenen Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes sind zum Schuljahresbeginn 2007/2008 in Kraft getreten. Laut Niedersächsischem Kultusministerium wurden so die Voraussetzungen für eine umfassende Deregulierung von Verwaltungsvorschriften geschaffen und damit für erheblich erweiterte Entscheidungsbefugnisse der Schulen gesorgt.

Die Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagements soll zukünftig für die Übertragung von deutlich mehr Entscheidungsbefugnissen an die Schulen als bisher sorgen. Die Eigenverantwortliche Schule wird dabei jedoch nicht in die Beliebigkeit entlassen, da das Land seine Gestaltungs-, Ergebnis- und Ressourcenverantwortung behält. So wird der Unterricht auf der Grundlage staatlicher Lehrpläne (Kerncurricula / Rahmenrichtlinien) erteilt, die den Schulen aber mehr Freiräume als die bisherigen Rahmenrichtlinien lassen werden. Diese Freiräume erfordern eine Ausgestaltung durch die Schulen. Das Gesetz verpflichtet die Schulen einerseits, sich ein Schulprogramm zu geben. Andererseits ist über die Ergebnisse der schulischen Arbeit regelmäßig Rechenschaft abzulegen. Dazu sind Erhebungen zulässig und es werden regelmäßig Schulinspektionen durchgeführt.

Das Gesetz regelt die innere Schulverfassung neu. Verändert sind die Aufgaben der Gesamtkonferenz und vollständig überarbeitet wurden die Vorschriften über die Stellung der Schulleiterin und des Schulleiters. Hinzugekommen sind die Vorschriften über den zu bildenden Schulvorstand. Das Regelungskonzept besteht darin, dass die Gesamtkonferenz über die

pädagogischen Angelegenheiten der Schule beschließt, der Schulvorstand wesentliche Entscheidungsbefugnisse im Hinblick auf die Qualitätsentwicklung der Schule übertragen bekommt und der Schulleiter neben seiner pädagogischen Gesamtverantwortung die Entscheidungs- und Durchführungsbefugnisse für das laufende Verwaltungshandeln der Schule erhält. Mit dem neuen Organ des Schulvorstandes sollen insbesondere die großen Schulen mit ihren entsprechend stark besetzten Gesamtkonferenzen ein kleines und funktionsfähiges Beschlussorgan erhalten, in dem vor allem die Eltern und die Schülerinnen und Schüler stärker in die Willensbildung an den Schulen einbezogen werden.

Der Schulträger wird zu allen Sitzungen des Schulvorstandes eingeladen, erhält alle Sitzungsunterlagen und kann mit beratender Stimme und Antragsrecht an den Sitzungen teilnehmen. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Vertretung durch Mitarbeiter der Verwaltung erfolgt, da das vom Schulvorstand verwaltete finanzielle Budget für das jeweilige Haushaltsjahr bereits durch die politischen Gremien beschlossen wurde. Beschlüsse oder Entscheidungen des Schulrates, die den Schulträger betreffen und nicht durch das bewilligte Budget abgedeckt sind, müssten in jedem Fall durch die politischen Gremien bestätigt werden.

Die innere Reform des Schulsystems orientiert sich an drei Grundpfeilern:

- Das Lernen in den Schulen wird konsequent an überprüfbar zu erwerbenden Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler ausgerichtet. Die Instrumente dafür sind die Bildungsstandards und ihre Konkretisierung durch Kerncurricula.
- In allen Schulen wird die Erreichung der vorgegebenen Ziele regelmäßig überprüft und damit eine Vergleichbarkeit gewährleistet. Abschlussprüfungen mit landesweit einheitlichen Aufgabenstellungen, Vergleichsarbeiten und die Schulinspektion sind hierfür die bereits etablierten Verfahren.
- Das Kernstück der Reform ist aber, dass vor dem Hintergrund staatlich verantworteter Definition der Bildungsziele und staatlicher Erfolgskontrolle die Schulen erheblich erweiterte Freiräume für die Organisation des Lernens und für Verbesserung der Qualität bekommen und so zur "Eigenverantwortlichen Schule" werden. Im Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen sind die Maßstäbe beschrieben, an denen sich die Schulen orientieren sollen.

Laut Kultusministerium brauchen die Schulen Freiräume für die Organisation des Lernens und eigene Personal- und Budgetkompetenzen. Sie brauchen dies, um in den Worten des Landtagsbeschlusses vom 23.6.2005 "die Verantwortung für die Qualitätsentwicklung der eigenen Arbeit übernehmen" zu können. An den Entscheidungen, die die Schulen in Zukunft treffen, sollen auch Eltern und Schüler verantwortlich mitbeteiligt werden. Deshalb hat der Landtag die Einrichtung der Schulvorstände beschlossen. Lehrer, Eltern und Schüler werden darin zusammenwirken, um die Arbeit der Schule mit dem Ziel der Qualitätsentwicklung zu gestalten.

Mit Inkrafttreten der Regelungen zur Eigenverantwortung der Schule wird kleinen Schulen (weniger als 20 Vollzeitlehreereinheiten) empfohlen, eine verbindliche Zusammenarbeit in einem Schulverbund zu vereinbaren, um die mit der Eigenverantwortung wachzunehmenden Aufgaben umfassender, aber auch entlastender wahrnehmen zu können.

Diese Vereinbarung muss eine verbindliche Absprache zur Verbesserung der Qualität der schulischen Arbeit enthalten.

Für die Übertragung der dienstrechtlichen Befugnisse und Zuweisung der Anrechnungsstunden zum 01.08.2008 ist der Landesschulbehörde die Vereinbarung zur Zusammenarbeit bis zum 01.03.2008 vorzulegen.

Derzeit liegen der Verwaltung noch keine aktuellen Erkenntnisse darüber vor, ob die Grundschulen im Gemeindegebiet eine verbindliche Zusammenarbeit in einem Schulverbund in Betracht ziehen.

Während der Einführungsphase der Eigenverantwortlichen Schule sind die konkreten Auswirkungen auf den Schulträger äußerst schwierig einzuschätzen.

Voraussetzung für die Zustimmung des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes zum Projekt der Eigenverantwortlichen Schule war, dass das Land dauerhaft für die notwendige finanzielle Unterstützung der Schulen sorgt. Dies galt insbesondere für den Bereich der verwaltungsmäßigen Unterstützung.

Im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens hat das Niedersächsische Kultusministerium die Auffassung vertreten, dass allein die gesetzliche Einführung der Eigenverantwortlichen Schule nicht zu Mehrkosten auf Schulträgerebene führen werde. Die zum 01.08.2007 an die Schulen übertragenen Entscheidungsmöglichkeiten würden im Wesentlichen den pädagogischen Bereich betreffen. Die Ausnutzung dieser Entscheidungsspielräume würde zu keinem zusätzlichen Verwaltungsaufwand in den Schulsekretariaten führen und insbesondere durch die den Schulleitungen zusätzlich gewährten Anrechnungsstunden aufgefangen.

Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben zum Ausdruck gebracht, dass sie diese positive Prognose des Kultusministeriums nicht teilen. Vielmehr wäre damit zu rechnen, dass die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule auch zu einem spürbaren zusätzlichen Verwaltungsaufwand in den Schulsekretariaten führen wird.

Die weitere Entwicklung sollte somit zunächst abgewartet werden, um gegebenenfalls in enger Abstimmung mit den Schulleitungen den konkreten zusätzlichen Bedarf in den Schulsekretariaten abzuklären. Dieser Bedarf müsste zunächst seitens der Schulen beim Kultusministerium geltend gemacht werden, bevor der Schulträger weitere Überlegungen zur zusätzlichen Bereitstellung von Sekretariatsstunden anstellt.

Die materielle Ausstattung der Schulen wäre in soweit betroffen, dass gegebenenfalls Platz für zusätzliches Verwaltungspersonal geschaffen werden müsste.

Nach Einschätzung der Verwaltung ist eine Veränderung der finanziellen Ausstattung (Budget) der Schulen durch die Einführung der Eigenverantwortlichen Schule nicht gegeben.

Im Rahmen der Sitzung wird der Leiter der KGS, Herr Kip, einen kurzen Vortrag über den aktuellen Stand der Umsetzung der Eigenverantwortlichen Schule in Rastede, speziell der KGS, halten und auf bereits bekannte oder bestehende Problemfelder eingehen. Anschließend steht Herr Kip für Fragen zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

Die finanziellen Auswirkungen für den Schulträger sind derzeit noch nicht absehbar.

Anlagen:

1. Antrag der FDP
2. Flyer „Fragen und Antworten zum Schulvorstand“
3. Flyer „Orientierungsrahmen Schulqualität in Niedersachsen“

Mitteilungsvorlage**Vorlage-Nr.: 2007/204**

freigegeben am 12.09.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 12.09.2007**Endbericht der Schulinspektion vom 05.03. - 09.03.2007 in der KGS
Rastede****Beratungsfolge:**

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|----------------------|
| Ö | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| N | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| N | 06.11.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Im Mai 2005 ist in Bad Iburg die Niedersächsische Schulinspektion eingerichtet worden. Sie hat die Aufgabe, an allen Schulen des Landes regelmäßig Schulinspektionen durchzuführen. Die Schulen sollen dadurch wichtige Impulse für die weitere Schulentwicklung erhalten.

Während des 3 bis 5-tägigen Schulbesuchs finden Unterrichtsbeobachtungen sowie strukturierte Gespräche des Inspektionsteams mit Vertreterinnen und Vertretern der Schulleitung, mit Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie nicht lehrenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern statt. Darüber hinaus erfolgt ein Schulrundgang unter Beteiligung des Schulträgers.

Die Schulinspektion bewertet nicht die einzelnen Lehrkräfte, sondern die Qualität der Schule und des Unterrichts an der Schule. Schule und Schulträger erhalten einen schriftlichen Inspektionsbericht. Es ist dann Aufgabe der Schule, aus dem Bericht einen Maßnahmenplan zu entwickeln und umzusetzen.

Im Rahmen der beschriebenen Vorgehensweise besuchte das Inspektionsteam vom 05.03.2007 bis zum 09.03.2007 die KGS Rastede.

Während der Schulinspektion fanden insgesamt 79 Unterrichtsbesuche statt, es wurden rund 62 % der Lehrkräfte im Unterricht besucht.

Am Schulrundgang haben für den Schulträger Herr Witte und Herr Unnewehr teilgenommen.

Die Schulinspektoren führten zum Zustand der Gebäude aus, dass alle Gebäudeteile ständig saniert beziehungsweise erweitert wurden. Der neu gestaltete Eingangsbereich wurde als hell, freundlich, einladend und gepflegt beschrieben. Positiv erwähnt wurde außerdem, dass sich auch die älteren Gebäudeteile in einem gepflegten Zustand befinden. Ebenfalls positiv wurde festgestellt, dass der Schulträger bemüht ist, Energiesparkonzepte in den Gebäudekomplexen umzusetzen (Beleuchtungsanlage im Hauptgebäude, Austausch von älteren Fensterflächen gegen Energiesparfenster etc.). Die Erneuerung und Ausstattung der Toilettenanlagen im Erdgeschoss mit einem Wasser sparenden System wurde ebenfalls lobend erwähnt. Ausgeführt wurde weiterhin, dass die Klassenräume mit schülergerechtem Mobiliar versehen sind und alle Fachpraxisträume einen sehr gepflegten Eindruck machen. Laut Feststellung der Inspektoren ist die Ausstattung mit IuK-Technik (EDV) für den Unterricht auf sehr hohem Niveau.

Hinsichtlich der Flachdachkonstruktion der KGS wurde seitens der Inspektoren darauf hingewiesen, dass dieser Dachtyp (bekanntlich) reparaturanfällig ist und seitens des Schulträgers regelmäßiger Wartungs- und Sanierungsarbeiten bedarf.

Als Fazit kann dem Bericht entnommen werden, dass die Gemeinde Rastede als Schulträger der KGS hinsichtlich der Gebäudeunterhaltung und Ausstattung der Schule durchweg gute Kritiken durch die Schulinspektoren erhalten hat.

Bezüglich der Bewertung des pädagogischen Qualitätsprofils der Schule wird der Leiter der KGS, Herr Kip, im Rahmen der Sitzung den Inspektionsbericht vorstellen und darüber informieren, welche Konsequenzen daraus gezogen werden beziehungsweise welche Impulse für die künftige Schulentwicklung zu nutzen sind. Im Anschluss an seinen Bericht steht Herr Kip für ergänzende Fragen zur Verfügung.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

1. Qualitätsprofil der KGS - kurz

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/206

freigegeben am 17.09.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 17.09.2007

Einführung der Ganztagschule an der Schule am Voßbarg (Förderschule)

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|----------------------|
| Ö | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| N | 16.10.2007 | Verwaltungsausschuss |
| Ö | 11.12.2007 | Rat |

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung eines Ganztagsschulangebotes an der Schule am Voßbarg (Förderschule) voranzutreiben und die hierfür erforderlichen Anträge zu stellen.

Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, das im Rahmen der Sitzung vorgestellte Raum- und Ausstattungskonzept umzusetzen, soweit es für die Einführung der Ganztagschule unabdingbar ist. Gegebenenfalls sind die dafür erforderlichen Maßnahmen auf mehrere Jahre zu verteilen oder hierfür wirtschaftliche Alternativen zu entwickeln.

Sach- und Rechtslage:

Über die Schulleitung der Schule am Voßbarg wurde die Bitte an die Verwaltung heran getragen, die Umstrukturierung und gegebenenfalls notwendige Umbauten zur **Ganztagschule** zu unterstützen.

Seit 1994 arbeitet die Förderschule im Rahmen ihrer Aufgaben als regionales Förderzentrum eng mit Kolleginnen und Kollegen der acht Grundschulen, der weiterführenden Schulen und den Kindergärten des Einzugsgebietes zusammen.

Die Weiterentwicklung des pädagogischen Konzepts der Schule und die ganztägige Betreuung in der Schule soll es den Schülerinnen und Schülern erleichtern, gemeinsame Projekte zu gestalten, Arbeitsvorhaben und Freizeit in der Schule umzusetzen sowie am schulischen und außerschulischen Leben teilzuhaben und positiv darauf einzuwirken.

Ein Schwerpunkt des vorliegenden Ganztagskonzeptes bildet die Vermittlung von berufsvorbereitenden Kompetenzen.

Schülerschaft, Eltern und Lehrkräfte, die sich an der Diskussion über die Einrichtung von Ganztagsangeboten beteiligt haben, sind mittlerweile einhellig der Meinung, dass die Umwandlung der Schule am Voßbarg zur Ganztagschule (zum 01.08.2008) den Schülerinnen und Schülern Vorteile unter anderem bei der Entwicklung und Festigung sozialer Kompetenzen eröffnen wird. Der Schulelternrat hat am 06.06.2007 im Grundsatz und der Schülerrat am 22.06.2007 einstimmig das Vorhaben befürwortet.

Die Gesamtkonferenz der Schule hat am 02.07.2007 unter der Voraussetzung, dass die sächlichen und personellen Gegebenheiten die Umsetzung des Konzeptes einer „teilweise offenen Ganztagschule“ ermöglichen, beschlossen.

Nach Auffassung der Schulleitung wird bei der Umwandlung der Schule am Voßbarg zur Ganztagschule eine Überplanung der vorhandenen Räumlichkeiten notwendig. Ein kleiner Klassenraum soll zum EDV-Raum und zweitem Gruppenraum umgewandelt werden. Der jetzige EDV-Raum würde als Erweiterung der Schulküche ausgebaut und eingerichtet, sodass 11 allgemeine Unterrichtsräume verblieben. Die erforderlichen Umbauten und gegebenenfalls notwendigen Ergänzungen der Ausstattung der Schule könnten mit vergleichsweise moderaten finanziellen Mitteln umgesetzt werden.

Mittelfristig würde es seitens der Schulleitung begrüßt, wenn die gemeinsam mit dem Kindergarten genutzte Turnhalle erweitert werden könnte. Hier bleibt allerdings abzuwarten, wie sich die Schülerzahlen an der Schule am Voßbarg weiter entwickeln und ob dann tatsächlich eine Erweiterung dieser Räumlichkeiten notwendig ist.

Das seitens der Schulleitung erarbeitete Konzept ist Bestandteil dieser Vorlage (Anlage 1).

Die Details zum Projekt Ganztagschule können dem Konzept entnommen werden, auf eine ausführliche Wiederholung wird deshalb an dieser Stelle verzichtet. Der Schulleiter der Schule am Voßbarg, Herr Schrape, wird im Rahmen der Sitzung das Konzept vorstellen und steht anschließend für Detailfragen zur Verfügung.

Eine besondere Organisationsform (Ganztagschule) kann an einer bestehenden Schule nur mit Genehmigung der zuständigen Schulbehörde eingeführt werden. Das setzt einen Antrag des kommunalen Schulträgers beziehungsweise der Schule oder des Schulelternrates voraus, der nur im Einvernehmen mit dem Schulträger, also mit dessen ausdrücklicher Zustimmung, gestellt werden kann.

Ein Antrag der Schule auf Genehmigung einer Ganztagschule setzt einen Beschluss der Gesamtkonferenz voraus. Bei einem Antrag der Schule, welche eine besondere Organisationsform einführen will, sind die Erziehungsberechtigten und Schüler durch ihre Vertreter in den Konferenzen beteiligt, außerdem durch die Schüler- und Elternvertretungen.

Eine finanzielle Beteiligung des Landes Niedersachsen über die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen des Investitionsprogramms „Zukunft Bildung und Betreuung“ 2003 – 2007 ist leider nicht mehr möglich, da die entsprechenden Antragsfristen abgelaufen sind.

Die finanziellen Lasten der Umsetzung wären somit anteilig vom Landkreis Ammerland (50%), der Gemeinde Rastede und der Gemeinde Wiefelstede (gemäß bestehendem Vertrag verteilen sich die restlichen 50% nach dem Verhältnis der Zahl der Schülerinnen und Schüler aus Rastede und Wiefelstede) zu tragen. Die Gemeinde Wiefelstede und der Landkreis Ammerland werden entsprechend den bestehenden vertraglichen Vereinbarungen bei der Entscheidungsfindung beteiligt.

Im Hinblick auf die bis 2020 prognostizierten sinkenden Schülerzahlen und unter Beachtung des vorgestellten pädagogischen Konzepts schlägt die Verwaltung vor, den Wunsch der Schule zur Einführung der Ganztagschule zu unterstützen.

Seitens der Schulbehörden kann der Antrag genehmigt werden, wenn

- die nötige schulische Organisation feststeht
- der erforderliche Personaleinsatz (Lehrkräfte und ggf. pädagogische Mitarbeiter, Betreuungspersonal) gesichert ist

und

- die sächlichen Voraussetzungen geschaffen sind.

Zeitplan für die Einführung:

Vorgesehen ist, dass die Ganztagschule am 01.08.2008 eingeführt wird. Von diesem Zeitpunkt an sollen alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 – 9 am Ganztagsbetrieb teilnehmen, da angesichts der geringen Schülerzahlen einer Förderschule bei dem Modell einer aufsteigenden Einführung ein quantitativ und qualitativ hinreichendes Angebot nicht zu gewährleisten wäre.

Seitens der Schulleitung ist vorgesehen, in den nächsten Wochen die Eltern ausführlich über das Ganztagsprojekt zu informieren und zeitgleich eine Feinabstimmung des Konzeptentwurfes vorzunehmen. Ab ca. November kann dann die gesetzlich vorgeschriebene Elternbefragung durchgeführt werden. Ab Dezember wird die Antragstellung durch die Verwaltung vorbereitet und spätestens bis zum Jahreswechsel abgegeben. Nach Eingang der Zustimmung durch die Landesschulbehörde können die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden, damit der Einführung zum 01.08.2008 nichts im Wege steht.

Finanzielle Auswirkungen:

Wie bereits ausgeführt, sind für die Einführung der Ganztagschule am Standort der Förderschule nur vergleichsweise geringe Investitionen erforderlich.

Für die baulichen Veränderungen im Bereich des jetzigen EDV-Raums und der Küche werden insgesamt ca. 30.000 € benötigt. Für die erforderlichen Ergänzungen der Ausstattung einschließlich der technischen Geräte für den Umbau bzw. die Erweiterung der Küche und damit verbunden der Mensa werden ebenfalls insgesamt ca. 30.000 € benötigt. Die Nettobelastung für die Gemeinde wird sich aufgrund der Schulbeteiligung auf weniger als 30.000 € insgesamt belaufen.

Anlagen:

1. Konzept Ganztagschule der Schule am Voßbarg
2. Raumplan
3. Schulprofil 2006/2007

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2007/209

freigegeben am 20.09.2007

GB 2

Sachbearbeiter/in: Stefan Unnewehr

Datum: 20.09.2007

Bereitstellung von Schließfächern für die Jahrgangsstufen 5 und 6 im Gebäude Feldbreite - Antrag der CDU-Fraktion

Beratungsfolge:

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|----------------------|
| Ö | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| N | 16.10.2007 | Verwaltungsausschuss |

Beschlussvorschlag:

ohne

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 02.05.2007 hat die CDU-Fraktion einen Antrag auf Bereitstellung von Schließfächern für die Jahrgangsstufen 5 und 6 im Gebäude Feldbreite gestellt. Der Antrag wurde damit begründet, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Tragen der schweren Schultaschen körperlich stark belastet werden (Details siehe anliegenden Antrag).

Auf Nachfrage bei der Schulleitung der KGS wurde der Verwaltung mitgeteilt, dass es am Standort Wilhelmstraße derzeit 150 Schließfächer gibt, wovon aktuell aber nur rund 40 durch Schülerinnen und Schüler genutzt werden.

Die verbleibenden Schließfächer sind leider nicht für den Standort Feldbreite geeignet, da diese Schränke nicht die Größe haben, um die typischer Weise genutzten Schulranzen der Jahrgänge 5 und 6 aufzunehmen.

Nach Auffassung der Schulleitung würde eine Versorgung mit Schließfächern am Standort Feldbreite nur dann überhaupt Sinn machen, wenn sie für alle Schülerinnen und Schüler (ca. 540) erfolgen könnte. Dafür fehle aber sowohl auf den Fluren als auch in den Klassenräumen der benötigte Platz. Derzeit ist es allerdings nicht üblich und auch nicht bei Schulneubauten gefordert, allgemeinbildende Schulen durchgängig mit entsprechenden Schließfächern auszustatten. Im Rahmen der Umgestaltung der Räumlichkeiten anlässlich der Einführung der Ganztagschule wurden seitens der Schulleitung diesbezüglich auch keine Anfragen oder Anträge an den Schulträger gestellt.

Um eine Mindestversorgung für die in Wanderung befindlichen Schülerinnen und Schüler zu erreichen, würden ca. 90 Schränke benötigt. Im Eingangsbereich der Schule wäre allerdings nur Platz für ca. 60 Schließfächer. Hier bestände nun das größte Problem darin, dass eine reine Kurzzeitverwendung durch die Schülerinnen und Schüler nicht sichergestellt werden kann (Zeitschloss, Münzschloss, Schlüssel). Es bliebe zu befürchten, dass sich ein kleiner Personenkreis dauerhaft ein Schließfach sichert und die restlichen Schülerinnen und Schüler letztlich leer ausgehen.

Da zudem kurzfristig der Mensabetrieb am Standort Feldbreite aufgenommen wird (die Wege zum Gebäude Wilhelmstraße im Rahmen der Ganztagschule können minimiert werden), ist die Versorgung der Schule mit Schließfächern aus Sicht der Schulleitung weiterhin kein vorrangiges pädagogisches Problem.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten pro Schließfach belaufen sich auf ca. 100 €

Anlagen:

Antrag der CDU-Fraktion

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2007/192**

freigegeben am

GB 1

Sachbearbeiter/in: Herr Dudek, Frank

Datum: 30.08.2007**Haushalt 2008 - Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan****Beratungsfolge:**

| <u>Status</u> | <u>Datum</u> | <u>Gremium</u> |
|---------------|--------------|--|
| Ö | 25.09.2007 | Finanz- und Wirtschaftsausschuss |
| Ö | 01.10.2007 | Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen |
| Ö | 08.10.2007 | Schulausschuss |
| Ö | 09.10.2007 | Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss |
| Ö | 15.10.2007 | Feuerschutzausschuss |
| Ö | 15.10.2007 | Kultur- und Sportausschuss |
| Ö | 27.11.2007 | Finanz- und Wirtschaftsausschuss |
| N | 04.12.2007 | Verwaltungsausschuss |
| Ö | 11.12.2007 | Rat |

Beschlussvorschlag:

Der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2008 wird zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen.

Sach- und Rechtslage:**Vorbemerkungen:**

Für den Haushalt 2008 gibt es folgende Kernaussagen:

- Der Haushalt ist im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.
- Die allgemeine konjunkturelle Belebung erleichtert den Haushaltsausgleich
- Der Haushaltsausgleich ergibt sich unter Berücksichtigung folgender Ziele :
 - Der Haushaltsausgleich muss erreicht werden.
 - Ausgaben werden nur dann veranschlagt, wenn sie erforderlich sind. Wünsche werden grundsätzlich nicht erfüllt.
 - Eine Anhebung von Steuersätzen kommt nicht in Betracht.
 - Die Gebührensätze sind weiterhin grundsätzlich kostendeckend.
 - Es werden keine Kreditmarktmittel in Anspruch genommen.
 - Investitionen werden nur getätigt, wenn unbedingt erforderlich sind.
 - Haushaltsreste werden in 2007 nur im erforderlichen Umfang gebildet, das heißt, der Haushaltsplan 2007 ist so umfangreich wie möglich zu erfüllen und Maßnahmen des Jahres 2008 werden nicht nach 2007 vorgezogen.

Im vorliegenden Entwurf wurden die inneren Verrechnungen bisher nicht berücksichtigt, da Korrekturen einzelner Haushaltsansätze in den jeweiligen Anteilbudgets das Ergebnis der Verrechnungen noch verändern würden. Nach den Haushaltsberatungen in den einzelnen Fachausschüssen werden die beschlossenen Änderungen und die inneren Verrechnungen in den Haushaltsplan und in die Haushaltssatzung 2008 eingearbeitet.

Über den Wirtschaftsplan des Bauhofes als optimierter Regiebetrieb wird eine gesonderte Beschlussvorlage erstellt. Der Wirtschaftsplan fließt mit seinem Ergebnis in die Haushaltssatzung der Gemeinde Rastede ein. Insoweit wird der Text der Haushaltssatzung noch ergänzt werden.

Ergebnis der Haushaltsplanung

Gemessen an Vorjahren ist die Finanzausstattung des Verwaltungshaushaltes zufriedenstellend, denn sie entspricht weitgehend der Finanzlage für 2007. Dies ist allerdings eher das Ergebnis von Ausgabenzurückhaltung und der konjunkturellen Situation als die Folge einer für die Kommunen verbesserten staatlichen finanziellen Unterstützung.

Die zu erwartenden sehr hohen Steuereinnahmen in der Zeit vom 01.10.06 bis 30.09.07 führen zu einem kräftigen Anstieg der gemeindlichen Steuerkraft, was, systembedingt, 2008 zu einem erheblichen Einbruch bei den Finanzaufwendungen führt. Weil aber die für 2008 zu erwartenden Steuereinnahmen trotz Berücksichtigung der Unternehmensteuerreform erfreulich hoch sind, entspricht die finanzielle Ausstattung des Verwaltungshaushaltes weitgehend der des Haushaltsjahres 2007. Damit liegt ein Entwurf des Verwaltungshaushaltes vor, der eine Nettoinvestitionsrate von 31.400 Euro ausweist und den Zahlungsanforderungen für den gesamten „Aufwand“ gerecht wird.

Der Vermögenshaushalt dagegen profitiert überwiegend von der Rücklage. 2007 war vorgesehen, eine Rücklagenentnahme in Höhe von 3.862.400 Euro zu tätigen. Diese Entnahme wird nicht erforderlich sein. Zusammen mit einer weiteren (Rest-)Entnahme in Höhe von 1,1 Mio. Euro ist damit der Hauptfinanzierungsanteil für den Vermögenshaushalt gegeben. Die Restfinanzierung läuft über Verkaufserlöse, Beitragseinnahmen und investive Zuschüsse. Um, abgesehen von den Darlehen der Kreisschulbaukasse, keine weiteren Darlehen aufnehmen zu müssen, musste sich die in dem Haushaltsplanentwurf 2008 vorgeschlagene Investitionstätigkeit an dieser Deckungssituation ausrichten. Wie oben bereits ausgeführt, war es Ziel bei der Haushaltsplanaufstellung, keine Kreditmarktmittel aufzunehmen. Aus dieser Situation heraus war es deshalb auch notwendig, bereits für 2008 ins Auge gefasste Investitionen wie die Turnhalle Feldbreite und Erneuerungsarbeiten im Hallenbad in das Investitionsprogramm für die Folgejahre aufzunehmen.

Nachfolgend werden einige grundlegende Anmerkungen zum Haushalt 2008 gemacht, die in der Finanzausschusssitzung weiter auszuführen sind.

Verwaltungshaushalt

Unternehmensteuerreform:

Die Unternehmensteuerreform wird nach den Steuerschätzungen ihre Wirkung ab 2008 entfalten. Was die Kommunen betrifft, werden für 2008 folgende Auswirkungen erwartet:

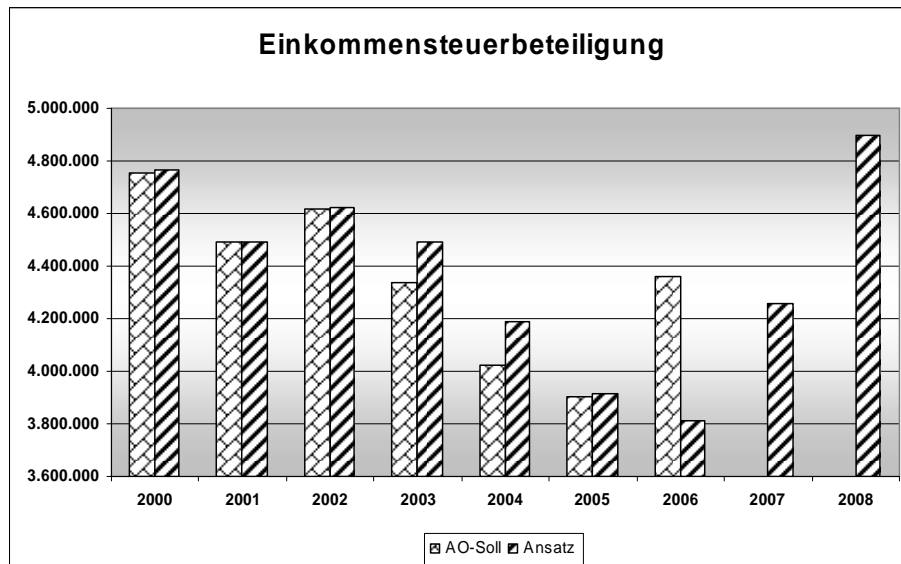
Gewerbsteuer: - 6,00 %

Einkommensteuer: + 3,68 %

Die negative Auswirkung bei der Gewerbsteuer wurde bei der Veranschlagung berücksichtigt.

Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer:

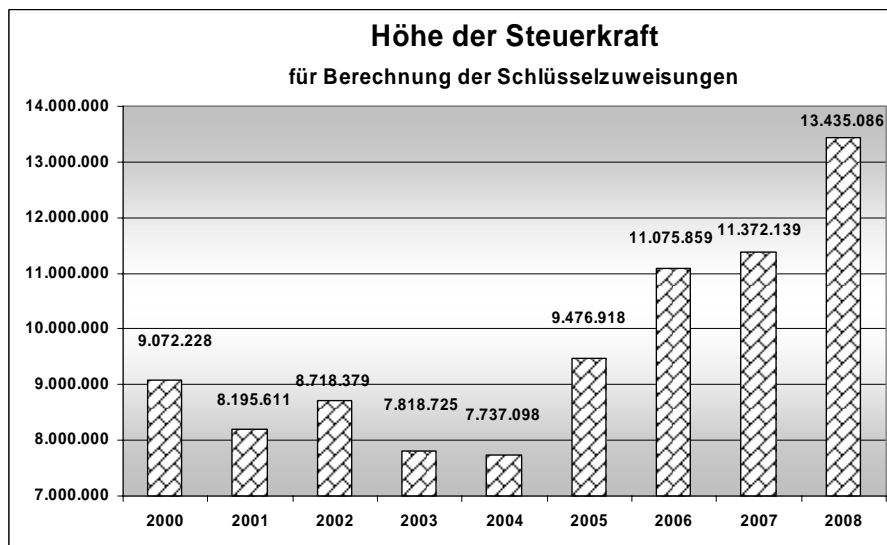
Veranschlagungsgrundlage war allein die Steuerschätzung vom Mai 2007, wobei das regionalisierte Steuerschätzungsergebnis als Rahmen gesehen und der Ansatz unterhalb dieses Rahmens angesiedelt wurde. Trotzdem liegt der Ansatz von 4.900.000 Euro mit rd. 600.000 Euro deutlich über dem Ansatz von 2007.



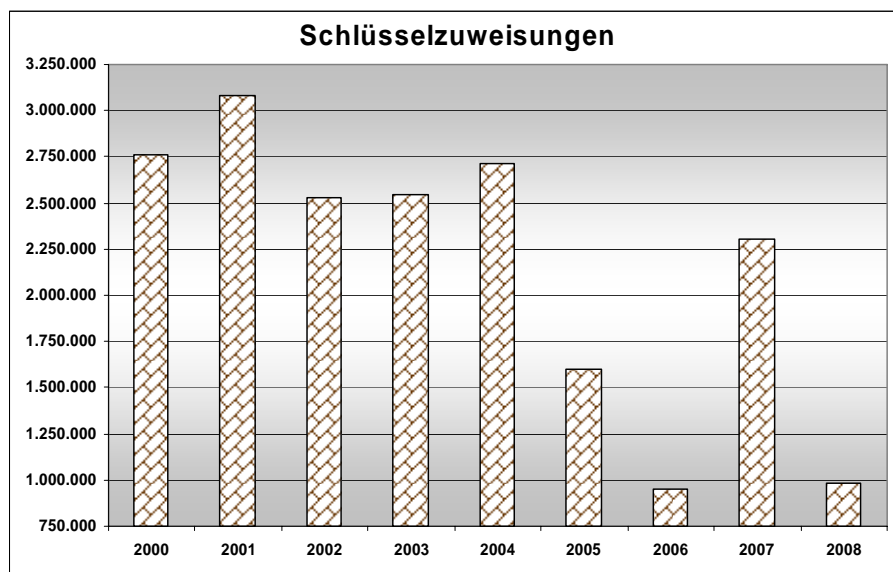
Die Umsatzsteuer ist nach den regionalisierten Daten der Steuerschätzung Mai 2007 veranschlagt worden.

Schlüsselzuweisungen:

Gravierend ist die Veränderung der Steuerkraft. Die Berechnung beruht teilweise auf feststehenden Zahlen und zum Teil auf eine Einschätzung der tatsächlichen Einnahmen im Zeitpunkt des 01.10.07. Es ist eine deutlich gestiegene Steuerkraft zu berechnen, weil in dem maßgeblichen Zeitraum vom 01.10.06 bis 30.09.07 sehr hohe Steuereinnahmen (Grundsteuern, Gewerbesteuer, Beteiligung an der Einkommen- und Umsatzsteuer) zu verzeichnen sind.

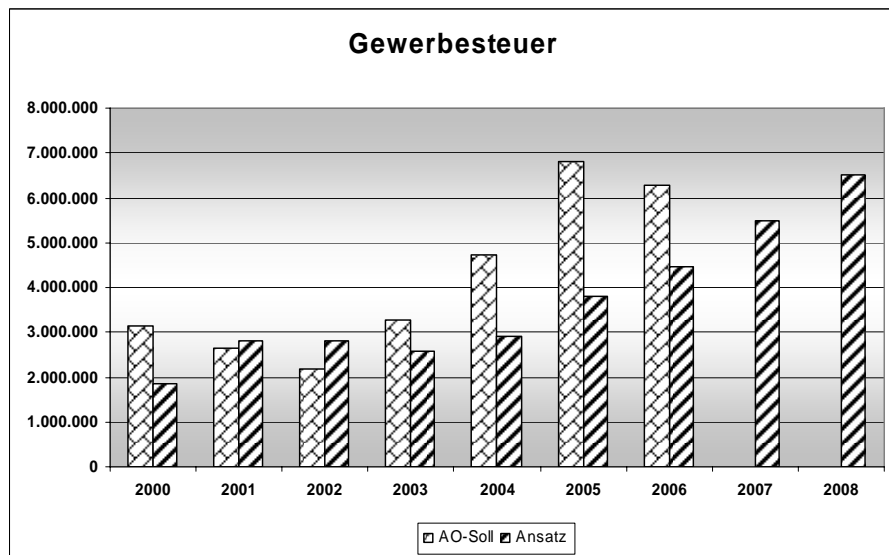


Die hohe Steuerkraft führt für 2008 zu einem deutlichen Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen:



Gewerbesteuer:

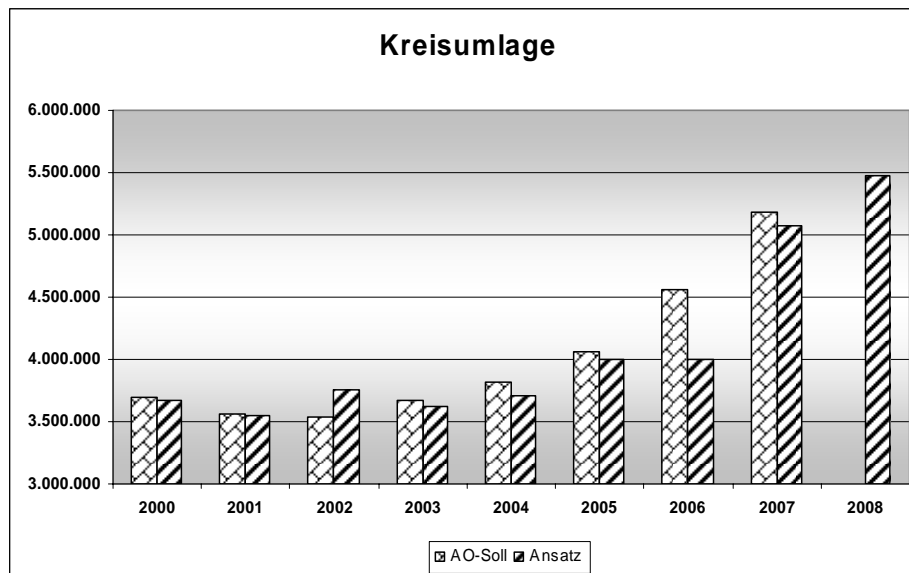
Die Entwicklung der Gewerbesteuer überrascht. Die Einnahmeerwartung für dieses Jahr liegt im Zeitpunkt der Verfassung dieser Vorlage bei rd. 8 Mio. Euro. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Unternehmensteuerreform und unter Berücksichtigung der Einschätzung der örtlichen Situation, der gegenwärtigen Aussagen zur Konjunktur- und Nachfrageentwicklung wird eine Veranschlagung von 6.500.000 Euro für angemessen gehalten.



Umlagen:

Kreisumlage:

Seit 2006 beträgt der Umlagesatz für die Kreisumlage 37 %. Unter Berücksichtigung des Umlagesatzes, der gemeindlichen Steuerkraftzahl für Umlagen und den Schlüsselzuweisungen für 2008 errechnet sich eine Kreisumlage von 5.470.300 Euro.



Gewerbesteuerumlage:

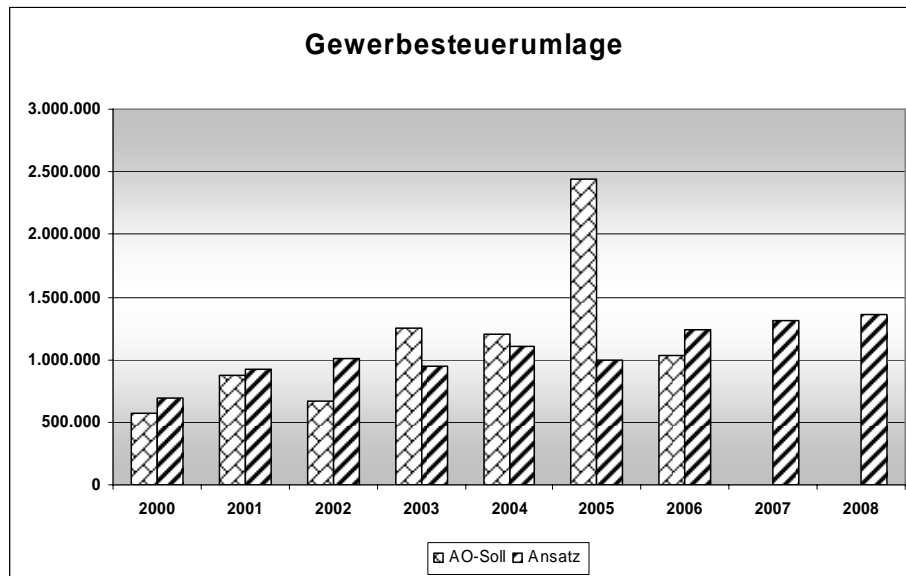
Die Gewerbesteuerumlage war zu keiner Zeit eine berechenbare Größe. Gründe für Veränderungen waren folgende:

- Erhöhung durch Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer,
- Erhöhung durch das Steuersenkungsgesetz
- Absenkung infolge des Gewerbebesteueränderungsgesetzes
- Erhöhung wegen des Fonds „Deutsche Einheit“
- Erhöhung wegen des einigungsbedingten Solidarpakts.

Aus den v.g. Gründen ergibt sich summiert folgender Verlauf des Umlagesatzes:

| Jahr | Umlagesatz (%) |
|------|----------------|
| 1993 | 39 |
| 1994 | 56 |
| 1995 | 79 |
| 1996 | 78 |
| 1997 | 78 |
| 1998 | 84 |
| 1999 | 83 |
| 2000 | 83 |
| 2001 | 91 |
| 2002 | 102 |
| 2003 | 114 |
| 2004 | 82 |
| 2005 | 81 |
| 2006 | 74 |
| 2007 | 73 |
| 2008 | 65 |
| 2009 | 67 |
| 2010 | 69 |
| 2011 | 69 |

Die Gewerbesteuerumlage wird auf der Grundlage des Gewerbebesteuerhaushaltsansatzes errechnet. Unter Herausrechnung des eigenen Gewerbebesteuerhebesatzes und anschließender Anwendung des in der vorstehenden Tabelle genannten Umlagesatzes errechnet sich für 2008 eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von 1.363.000 Euro.



Allgemeine Deckungsmittel in der Gesamtheit:

| Verwaltungshaushalt | | | | 2007 | 2008 | Veränderung |
|----------------------------|--------|----------------------|--|-------------------|-------------------|--------------------|
| Einnahmen | | | | Ansatz € | Ansatz € | € |
| 9000 | 000000 | Grundsteuer A | | 140.000 | 140.000 | 0 |
| 9000 | 001000 | Grundsteuer B | | 2.025.000 | 2.100.000 | 75.000 |
| 9000 | 003000 | Gewerbesteuer | | 5.500.000 | 6.500.000 | 1.000.000 |
| 9000 | 010000 | Einkommensteuerbet. | | 4.262.700 | 4.900.000 | 637.300 |
| 9000 | 012000 | Umsatzsteuerbet. | | 359.600 | 400.000 | 40.400 |
| 9000 | 021000 | Vergnügungssteuer | | 16.500 | 14.000 | -2.500 |
| 9000 | 022000 | Hundesteuer | | 52.000 | 52.000 | 0 |
| 9000 | 041000 | Schlüsselzuweisungen | | 2.029.100 | 982.700 | -1.046.400 |
| 9000 | 061000 | Zusch. übertr. WK | | 326.000 | 326.000 | 0 |
| Summe | | | | 14.710.900 | 15.414.700 | 703.800 |

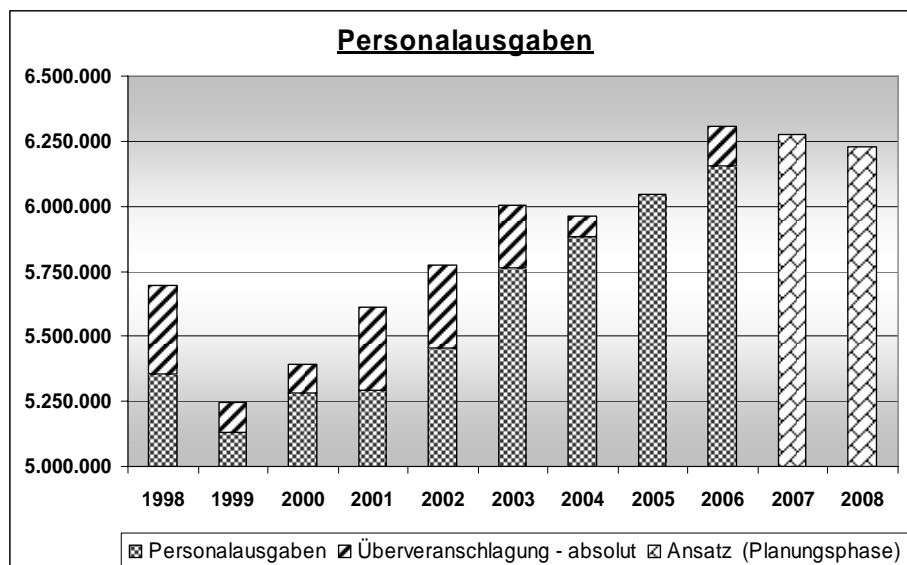
| Ausgaben | | | | | | |
|-----------------|--------|---------------------|--|------------------|------------------|----------------|
| 9000 | 810000 | Gewerbesteuerumlage | | 1.313.000 | 1.363.000 | 242.100 |
| 9000 | 832000 | Kreisumlage | | 5.076.400 | 5.470.300 | 393.900 |
| Summe | | | | 6.389.400 | 6.833.300 | 636.000 |

| | | | | | | |
|--------------|--|--|--|------------------|------------------|---------------|
| Saldo | | | | 8.321.500 | 8.581.400 | 67.800 |
|--------------|--|--|--|------------------|------------------|---------------|

Personalkosten:

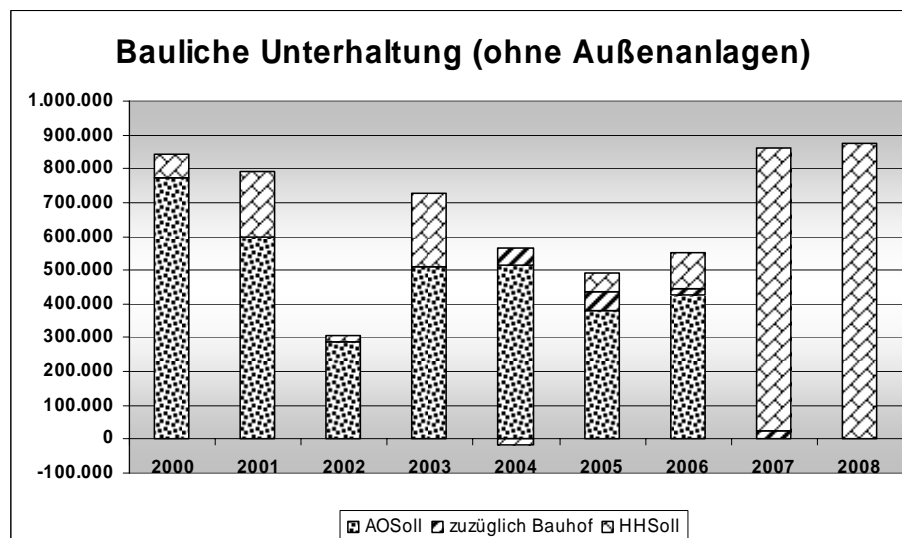
2008 sind gravierende personalstrukturelle Entscheidungen nicht erforderlich. Die Veranschlagungen berücksichtigen deshalb lediglich rechtsnotwendige Anpassungen. Veranschlagungsmäßig gehen die Personalkosten zurück, weil sich das neue Tarifrecht auswirkt und kein Sanierungsgeld mehr an die VBL gezahlt werden muss. Eine Tarifierhöhung für 2008 wird nicht gesehen und wurde deshalb auch nicht veranschlagt.

Die Wirkung des neuen Tarifrechts zeigt sich dergestalt, dass bei Neueinstellungen die Einstiegsentgelte geringer als früher sind als nach alten Tarifrecht und sich Reduzierungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld ergeben.

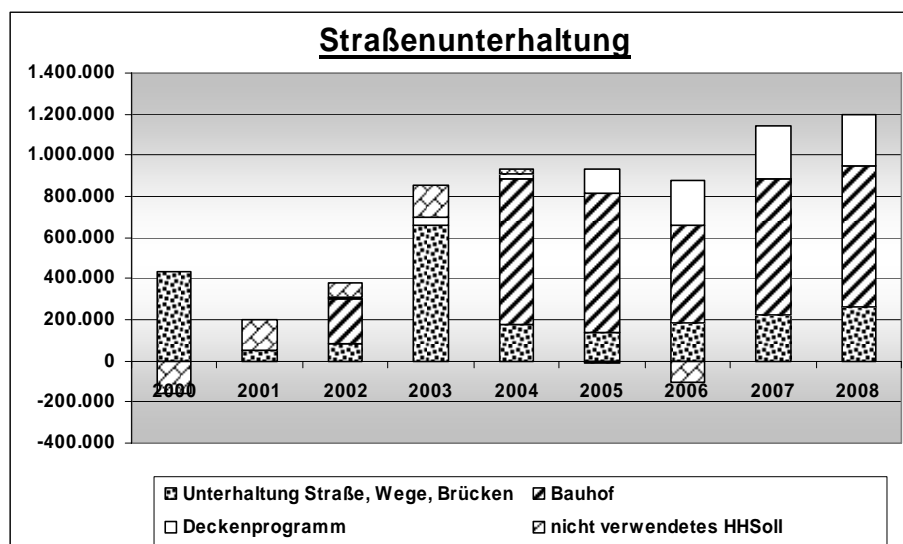


Bauliche Unterhaltung:

Die Maßnahmen der baulichen Unterhaltung konnten bedarfsgerecht veranschlagt werden. Im Interesse der Bausubstanzerhaltung ist das erfreulich. Bei der Betrachtung der einzelnen Haushaltsjahre in der nachstehenden Grafik ist für die Jahre 2007 und 2008 zu bemerken, dass verstärkt darauf geachtet wurde, Maßnahmen, die eher Unterhaltung als Wertverbesserung darstellen, nicht mehr im Vermögenshaushalt zu veranschlagen. Die gegenwärtige finanzielle Ausstattung des Verwaltungshaushaltes erlaubt eine entsprechende Handhabung. Nähere Erläuterungen erfolgen in den Fachausschusssitzungen.

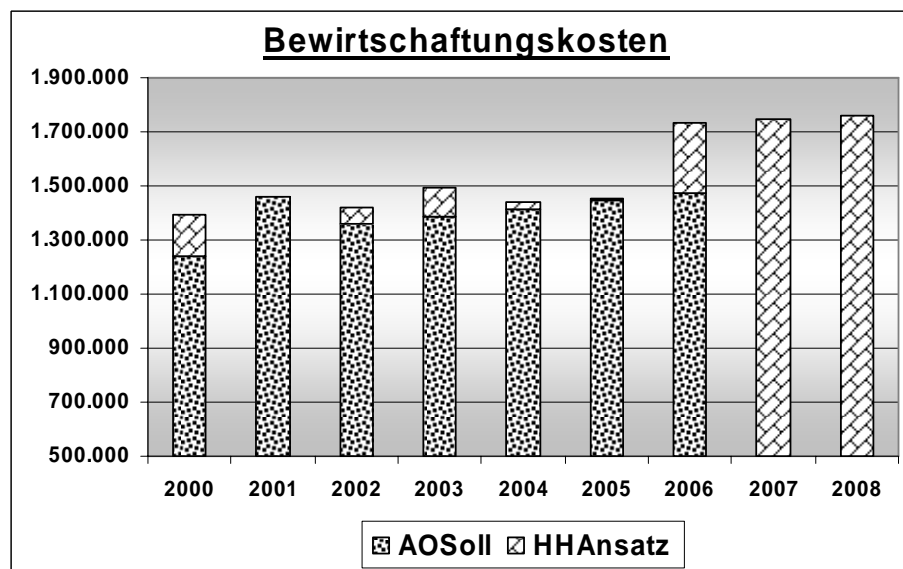


Die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erlauben eine kontinuierliche Erhöhung der Unterhaltungsmittel im Bereich Straßenunterhaltung. In Anbetracht der Länge der zu unterhaltenen Gemeindestraßen sind die bereitgestellten Mittel auch notwendig. Die Unterhaltung von Straßen steht konzeptionell im Zusammenhang mit der Planung und Festlegung von Straßenausbaumaßnahmen, sodass die Unterhaltungsmittel überwiegend keinen zufälligen oder noch unbekannten Bedarf des Haushaltsjahres 2008 abdecken. Auf die bisherigen Beratungen im Ausschuss für Bau, Planung, Umweltschutz und Straßen wird hingewiesen. 250.000 Euro für das Deckenprogramm sind ebenfalls wieder veranschlagt worden. Nähere Informationen werden in den Fachausschusssitzungen mitgeteilt.



Bewirtschaftungskosten:

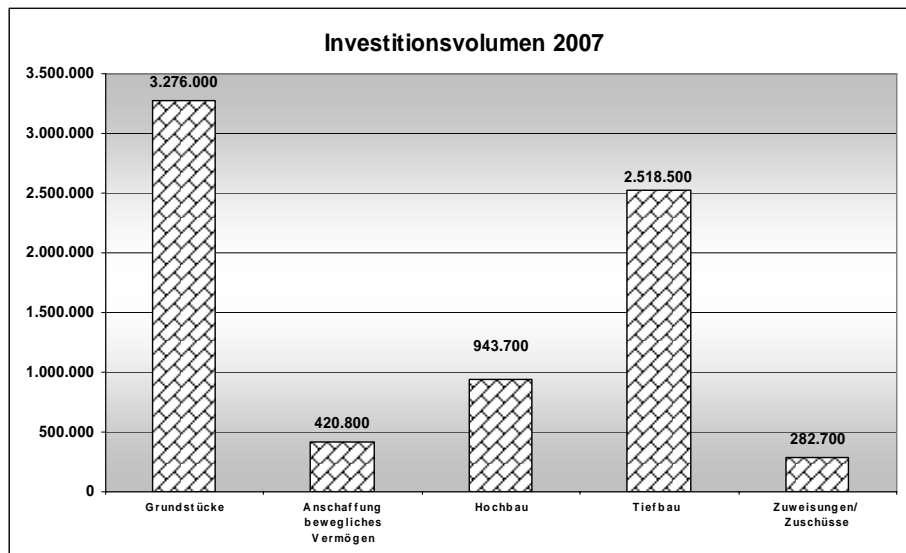
Die Bewirtschaftungskosten setzen sich aus einer ganzen Reihe von Kostenarten zusammen (Strom, Gas, Wasser, Reinigung, Abgaben, Versicherungen usw.). Die Veranschlagung ist überwiegend keine Frage von Wünschen oder speziellen Notwendigkeiten, sondern ein Ergebnis der Auswertung und Hochrechnung von Abrechnungen der Versorgungsunternehmen. Die 2007 neu ausgeschriebene Gebäudereinigung ist teurer geworden, was bei der Veranschlagung berücksichtigt wurde.



Vermögenshaushalt

Die nachfolgende Grafik zeigt die Ausgabenschwerpunkte des Haushaltsjahres 2008. Den Löwenanteil nimmt der Bereich Grunderwerb in Anspruch. Gerade diese Ausgabenart lässt sich kaum planen. Das Angebot an die Gemeinde, Grundstücke zu kaufen oder bereits vorhandene vertragliche Bindungen diktieren hier die Veranschlagung.

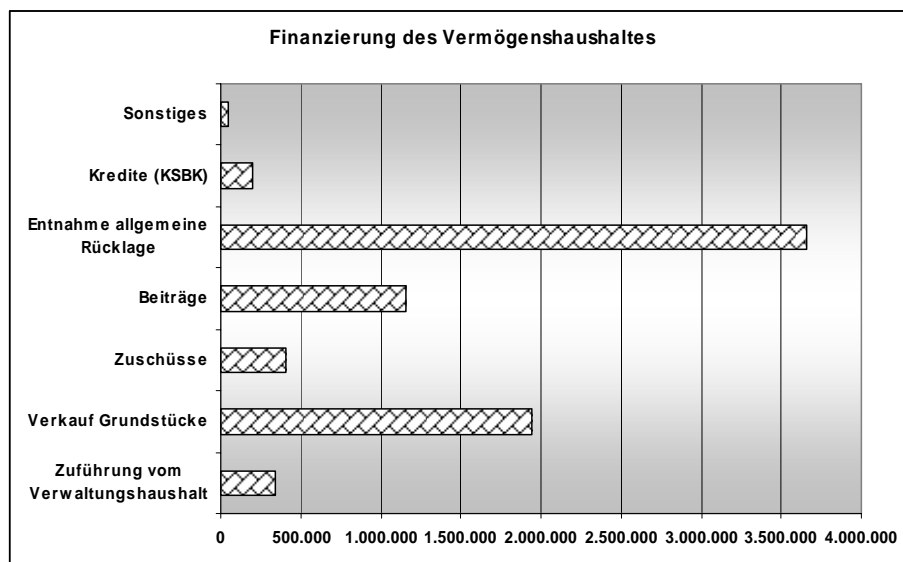
Über die Investitionen wird in den Fachausschüssen zu beraten sein, soweit nicht bereits eine Beschlusslage vorliegt. Wie unten unter Kreditaufnahme ausgeführt, war es im Hinblick auf eine kreditfreie Finanzierung nicht möglich alle bereits politisch behandelten Objekte haushaltstechnisch für 2008 zu veranschlagen.



Die Finanzierung der Investitionen wird überwiegend über die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage realisiert. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass die für 2007 vorgesehene Rücklagenentnahme in Höhe von 3,8 Mio. Euro nicht erforderlich ist; dieser Betrag steht zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes in 2008 zur Verfügung.

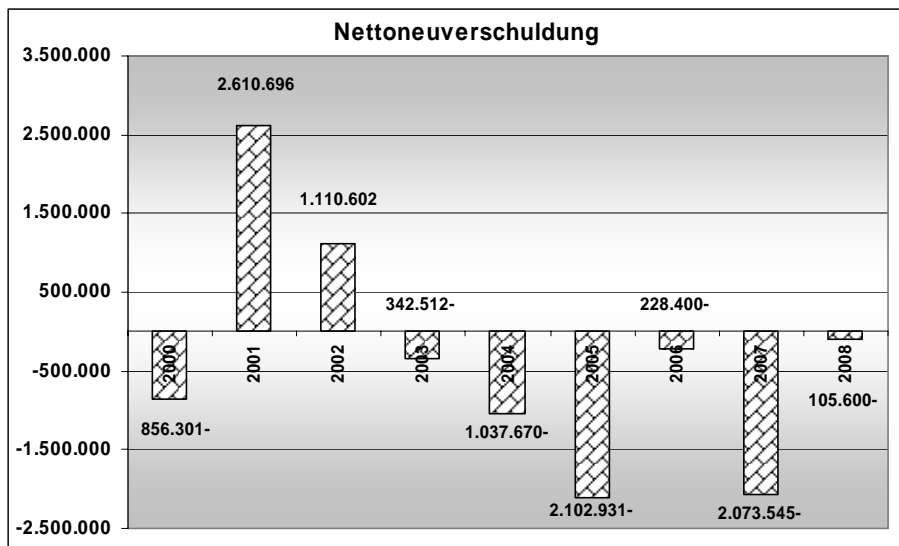
Die Beiträge korrespondieren mit dem Verkauf der Grundstücke und den zu erwartenden Abrechnungen von Straßenausbaumaßnahmen (u.a. Schloßstraße und August-Brötje-Straße, Logemanns Damm).

Hinsichtlich der zu verkaufenden Grundstücke ist die Einnahmeeinschätzung optimistisch eingefärbt. Erkennbar ist, dass die große Nachfrage nach Baugrundstücken nicht mehr vorhanden ist.

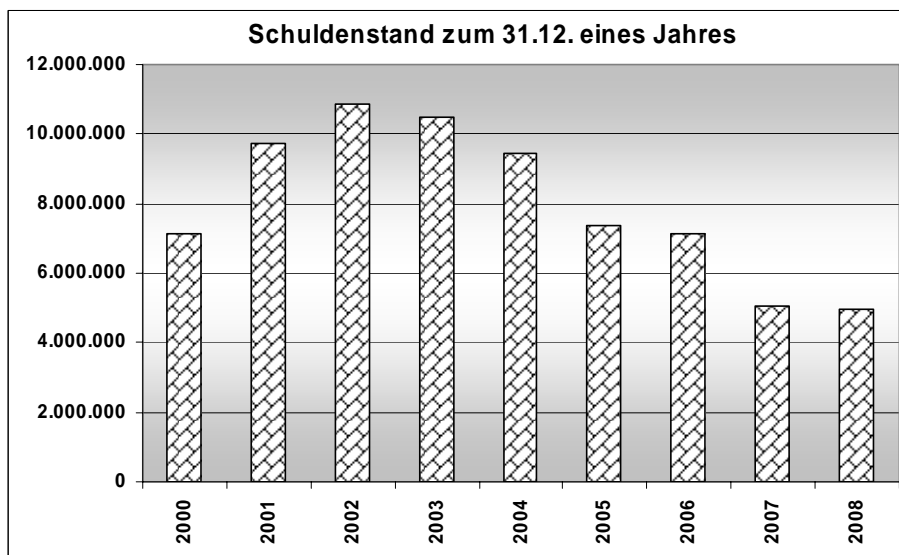


Kreditaufnahme:

Wenn die Kredite aus der Kreisschulbaukasse, die zinslos aufgenommen werden können, unberücksichtigt bleiben, dann ist im sechsten Jahr in Folge, also seit 2003, keine Kreditaufnahme mehr erforderlich geworden. Dies ist mehr als erfreulich. Die Nettoneuverschuldung liegt 2008 bei -105.600 Euro.



Die Entwicklung des Schuldenstandes ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.



Investitionsprogramm:

Die Gemeinde ruht sich auf Ihren Vermögenswerten nicht aus. Wenngleich die Zeit überwiegender Neuinvestitionen – abgesehen von der Baugebietsentwicklung – weitestgehend vorbei ist, zeigt sich jetzt zunehmend der Bedarf von Erneuerungen und Attraktivitätssteigerungen. Im Hinblick auf die letzte demografische Untersuchung für die Gemeinde Rastede wird zu prüfen und zu diskutieren sein, in welche Richtung die Investitionen zu weisen haben. Im Hinblick auf das neue Haushaltsrecht wird es zukünftig nicht nur um Substanzerhaltung gehen, sondern auch um die Frage der Erneuerung, um einen Vermögensverzehr nicht eintreten zu lassen.

Auch wenn zum Ende des Planungszeitraumes des Investitionsprogrammes die Investitionsdichte abnimmt, so achtet die Gemeinde trotzdem darauf, dass sich die Gemeinde weiter entwickelt. Die aktuellen und konkret vorgesehenen Investitionen machen das deutlich.

Finanzplan:

Der Finanzplan kumuliert die Mittelanmeldungen für das Haushaltsjahr 2007 und die Folgejahre 2009 bis 2011. Der Finanzplan spiegelt somit die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zukünftiger Haushaltsjahre wider.

Auch für das Planungsjahr 2008 ist darauf hinzuweisen, dass die Gemeinde den Konsolidierungsgedanken nicht zur Seite geschoben hat, das heißt, die Haushaltsplanung stand auch für 2008 wieder unter dem Gesichtspunkt, Einnahmen dort zu erhöhen, wo es möglich ist, insbesondere aber Ausgaben dort zu reduzieren, wo sie nicht dringend benötigt werden. Diesen Gedanken für die Finanzplanungsjahre fortgeschrieben, wird deutlich, dass im Verwaltungshaushalt aufgrund der allgemeinen Deckungsmittel eine gewisse Entspannung eingetreten ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

1. Entwurf der Haushaltssatzung 2008
2. Finanzplan
3. Investitionsprogramm
4. Regelungen und Erläuterungen zur Bewirtschaftung des Haushaltes der Gemeinde Rastede, soweit sie haushaltsrechtlich bedeutsam sind.
5. Stellenplan
6. Erläuterungen zum Stellenplan
7. Entwurf des Haushaltsplanes 2008 (wird gesondert in Papierform zugestellt)
8. Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen